

23.05.2012

Die ökologische Finanzreform weiterführen

von Lisa Paus, Ingrid Nestle, Oliver Krischer, und Harald Schwalbe

Einleitung

Die Idee der grünen ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Heute sind wir davon oft noch weit entfernt. So kosten 100 Gramm Biosalat mehr als die gleiche Menge Schweineschnitzel, eine Reise durch die Republik ist per Bahn teurer als mit dem Flugzeug, und an der Tankstelle ist ein Liter Diesel günstiger als Benzin, obwohl bei der Verbrennung von einem Liter Diesel mehr CO₂ freigesetzt wird. Da merkt jeder: Hier stimmt etwas nicht.

Wenn wir im Alltag ständig Preisen begegnen, die die Schäden an Umwelt und Klima nicht einbeziehen, wird es sehr schwer sein, die enormen Herausforderungen zu meistern, vor denen wir stehen. Denn um die Chance zu wahren, die menschengemachte Erderwärmung auf 2 Grad zu beschränken, muss unsere Gesellschaft bis 2050 nahezu CO₂-frei sein. Unser Ziel ist deshalb, den Ausstoß von Klimagasen bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Auch alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien erkennen grundsätzlich den enormen Handlungsbedarf und fordern eine Reduktion um mindestens 80 % bis 2050.

Der europäische Emissionshandel wird diese Herausforderung allein nicht meistern können. Einerseits sind wichtige Emissionssektoren, wie etwa der Verkehr (mit Ausnahme des Flugverkehrs), der Heizstoffmarkt oder die Landwirtschaft aus gutem Grund nicht, oder noch nicht integriert. Andererseits ist das Minderungsziel des europäischen Emissionshandelssystems mit gerade einmal minus 21 Prozent bis 2020 gegenüber 2005 viel zu wenig ambitioniert, um die notwendigen kurz- und langfristigen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel muss also zwingend mit zusätzlichen Maßnahmen kombiniert werden. Hier kommen dem Ordnungsrecht und ökonomischen Instrumenten, wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und einer ökologischen Finanzreform, eine zentrale Rolle zu.

Die ökologische Steuerreform ist dabei eines der erfolgreichsten Politikinstrumente, mit dem in Deutschland Energie- und Treibhausgas eingespart wird. Der Zweite Nationale Energieeffizienz-Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland vergibt den zweiten Platz der wirksamsten Energieeinsparinstrumente an die ökologische Steuerreform. Nur Maßnahmen, die speziell im Gebäudebereich wirken, wird ein höherer Effekt auf die Energieeinsparungen bescheinigt.¹

Jeder von uns erlebt, dass Elektronikgeräte oder Kleidung nach wenigen Jahren in den Müll wandern, oder Produktionsmaterialien wie Holz oder Chemikalien verschwendet werden. Neben dem oft im Mittelpunkt stehenden Verbrauch von energetischen Ressourcen wie Kohle, Gas und Öl müssen wir deshalb auch unseren Umgang mit nichtenergetischen Ressourcen wie zum Beispiel Wasser, Metallen, Baumaterialien oder Düngemitteln grundlegend überdenken. Das Ziel ist, Abfälle zu

¹ Siehe Bundestags-Drucksache 17/6927

vermeiden und eine vollständige Kreislaufwirtschaft zu etablieren, effizienter mit unseren Ressourcen umzugehen und Recycling- und Substitutionsmöglichkeiten zu finden.

Die ökologische Finanzreform trägt dazu bei, diese Herausforderungen zu meistern, denn sie sorgt dafür, dass Produzenten und Konsumenten ihre Entscheidungen nach Preisen treffen, die auch die Kosten für Schäden an Umwelt und Klima einbeziehen. Mit der ökologischen Finanzreform wird also auch eine Voraussetzung für eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft geschaffen.

Unternehmen, die ihr Geschäft nachhaltig ausrichten, haben so Vorteile gegenüber Firmen, die ohne Rücksicht auf Umwelt- und Klimaschäden produzieren.

Mit diesem Text wollen wir die Idee der ökologischen Finanzreform konkretisieren und beschreiben, in welche Richtung eine Weiterentwicklung der ökologischen Finanzreform gehen soll. Es geht dabei nicht darum, dass alle diese Möglichkeiten sofort oder gleichzeitig realisiert werden. Wir zeigen auf, dass die ökologische Finanzreform zusammen mit anderen Maßnahmen dazu beiträgt, auch die Verteilungskrise in unserem Land anzugehen. Denn wir wollen die ökologische Finanzreform so gestalten, dass sie insbesondere Menschen mit niedrigen Einkommen dabei unterstützt, sich umwelt- und klimafreundlich zu verhalten. Die ökologische Finanzreform ist dabei in den Green New Deal eingebettet, unserem Programm für den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Für den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft sind neben dem Bereich Energieerzeugung, dem bisher der Hauptaugenmerk der Klimapolitik galt, die Bereiche Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft und der effizientere Umgang mit Energie und anderen Ressourcen in der Industrie zentral. Anhand dieser vier Bereiche werden wir deshalb erläutern, wie man eine ökologische Finanzreform als Instrument des Green New Deal optimal nutzen kann.

Die doppelte Dividende für Umwelt und Klima

Der große Vorteil einer ökologischen Finanzreform: Mit der Einführung von Steuern und Abgaben auf den Verbrauch von umwelt- und klimaschädlichen Gütern erhält man eine doppelte ökologische Dividende.

Erstens wird umweltfreundliches Verhalten honoriert, weil es billiger ist, schädliches Verhalten wird reduziert, weil es teurer ist. Kosten für die nachträgliche Rettung von Umwelt und Klima entstehen so gar nicht erst. So führt die Besteuerung von Benzin dazu, dass Menschen vermehrt das Auto stehen lassen, häufiger das Fahrrad oder den öffentlichen Personenverkehr (ÖPV) benutzen und sich eher für den Kauf eines verbrauchsarmen Autos entscheiden. Dies schont das Klima und vermeidet deshalb Kosten für die Anpassung an den Klimawandel, etwa für Deichbauten gegen den steigenden Meeresspiegel.

Zweitens können die Einnahmen aus Abgaben und Steuern aus dem noch verbleibenden schädlichen Verhalten verwendet werden, um Projekte für den Umwelt- und Klimaschutz zu bezahlen. Sie können zum Beispiel in die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs fließen. Dadurch werden ein zweites Mal Treibhausgas-Emissionen gespart, so dass auch hier nochmal Kosten durch den Klimawandel vermieden werden.

Für Kostenwahrheit beim Ressourcenverbrauch

Ein weiterer Vorteil einer ökologischen Finanzreform ist, dass sie für Kostenwahrheit sorgt. Wer heute Ressourcen verbraucht, verursacht Umwelt- oder Klimaschäden für die sie oder er nicht aufkommen muss. Stattdessen trägt die Allgemeinheit die Nachteile aus dem privaten

Ressourcenverbrauch. So entstehen Kosten, etwa für die Behandlung von Lungenkrankheiten durch Luftverschmutzung, oder für die Bewältigung der Kosten des Klimawandels. Gerade bei diesen Kosten wird das Prinzip, dass jeder für die Kosten aufkommen muss, die er selbst verursacht hat, außer Kraft gesetzt. Steuern oder Abgaben auf Ressourcenverbrauch können zumindest zu einem Teil dazu beitragen, dass diese gesellschaftlichen Folgekosten sich im Preis der Ressource wiederfinden und damit nicht die Allgemeinheit, sondern der Verursacher dafür aufkommen muss. Mit der ökologischen Finanzreform wird also das Verursacherprinzip praktisch umgesetzt.

Fitness für unsere Wirtschaft: Die ökologische Finanzreform für mehr Effizienz und Innovation

Unsere Welt steht vor der Herausforderung, bei immer knapper werdenden Ressourcen immer mehr Menschen zu versorgen. Dies kann nur durch eine vollständige Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch geschehen. Eine ökologische Finanzreform unterstützt diese notwendige Effizienzrevolution.

Durch Steuern und Abgaben auf Ressourcenverbrauch wird ein klares Signal an die Wirtschaft gesendet: Die Zeiten billigen Ressourcenverbrauchs sind vorbei, auch wenn die stark schwankenden Preise von Ressourcen wie Öl oder Metallen an der Börse noch das eine oder andere Tal durchlaufen könnten. Stark schwankende Rohstoffpreise können Unternehmen daran hindern, in Innovationen zu investieren oder den Einkauf in Richtung ressourceneffizienter Produkte umzustellen. Steuern und Abgaben auf Ressourcenverbrauch dämpfen die Schwankungen der Rohstoffpreise, die Unternehmen bezahlen müssen, so dass sich die Investitionssicherheit erhöht.

Insgesamt regen Steuern und Abgaben die Innovationstätigkeit von Unternehmen an, wie u.a. Studien der EU und OECD belegen.² Die Unternehmen suchen neue Möglichkeiten, in ihren eigenen Produktion, etwa beim Verbrauch von Wasser, Energie oder Chemikalien, zu sparen. Außerdem wird die Produktion von ressourcensparenden Produkten, wie etwa Energiesparlampen oder sparsamen Autos angeregt. Insgesamt wird so unsere ganze Volkswirtschaft unempfindlicher gegen Preisschocks auf den Weltmärkten von Ressourcen wie Öl oder Metall gemacht.

Dabei ist auch klar: Es nützt weder dem Klima und der Umwelt, noch trägt es zur Ressourcenschonung bei, wenn der Ressourcenverbrauch einfach nur in andere Länder verlagert wird und wir die Produkte dann importieren. Unsere Vorschläge tragen dem Rechnung.

Vor dem Hintergrund der Wachstumsdebatte ist klar geworden, dass Effizienzsteigerungen alleine nicht reichen, um zu einer absoluten Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch zu kommen. Denn was nützt es, wenn zwar Autos und Fernseher immer günstiger und sparsamer im Verbrauch werden, dafür aber mehr und größere Modelle gekauft werden, und am Ende genauso viel Energie und Ressourcen verbraucht werden wie vorher? Gezielte Steuern und Abgaben können – richtig eingesetzt – zur Vermeidung dieser Reboundeffekte beitragen. Ihre Anpassung an die technische Entwicklung kann verhindern, dass Effizienzgewinne durch Mehrkonsum aufgeessen werden und sorgt dafür, dass der Anreiz erhalten bleibt, immer bessere Produkte zu entwickeln.

Die ökologische Finanzreform weiter denken

Mit der Einführung der Ökosteuern auf Strom, Kraft- und Heizstoffe wurde während der rot-grünen Regierungszeit der Anfang einer systematischen ökologischen Finanzreform gemacht, die erfolgreich

² Copenhagen Economics: "Innovation of Energy Technologies: The Role of Taxes", Study for the European Commission DG TAXUD, 2010; OECD: "Taxation, Innovation and the Environment", 2010

zu einer Reduzierung der Umweltbelastung beigetragen hat. So hat die schrittweise Erhöhung der Kraftstoffsteuern dazu geführt, dass tatsächlich sparsamere Autos gekauft wurden, der Fahrstil spritsparender wurde oder öfter andere Verkehrsmittel als das Auto benutzt wurden. So wurden nachweislich Emissionen im Verkehrssektor vermieden.³ Ein Großteil der Steuern auf Strom und Kraftstoffe wurde verwendet, um die Rentenversicherungsbeiträge zu senken und so die Arbeitskosten zu reduzieren. Doch in der öffentlichen Debatte trat der der prinzipielle Richtungswechsel hin zu einem ökologisch-sozialen Steuersystem, den diese ökologische Finanzreform ausmachte in den Hintergrund. Die Wahrnehmung konzentrierte sich auf die Steuererhöhungen, der nachweisliche Nutzen für Umwelt und Klima, aber auch die Reduzierung der Rentenbeiträge wurde meistens vergessen.

Heute ist das Bewusstsein für den Klimawandel in der Mitte der Gesellschaft angekommen und auch jenseits der Energiewende rückt die Debatte um unseren Umgang mit endlichen Ressourcen verstärkt in den Vordergrund. Mit einer Forderung nach einem ökologisch-sozialen Umbau des Steuersystems stehen wir längst nicht mehr alleine da. Die OECD und die Vereinten Nationen empfehlen entsprechende Programme für den Weg in die Green Economy und auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu globalen Umweltfragen spricht sich für eine ökologische Finanzreform aus.⁴ Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben sich vorgenommen, das Steuersystem ökologischer auszugestalten – oder unternehmen überraschenderweise sogar konkrete Schritte: Wer hätte nach der letzten Bundestagswahl gedacht, dass eine Flugticketabgabe und die Brennelementesteuer so schnell eingeführt werden?

Subventionen abbauen

Ein wichtiger Bereich der ökologischen Finanzreform ist der Abbau von umweltschädlichen Subventionen wie dem Dienstwagenprivileg, Ausnahmen bei den Energie- und Stromsteuern und Subventionen für die Kohlewirtschaft. Klar ist aber auch: Eine Neuauflage der ökologischen Finanzreform springt zu kurz, wenn sie beim Subventionsabbau stehen bleibt. So würde man wichtige Bereiche aus den Augen verlieren, bei denen auch nach Abbau der üblicherweise genannten Subventionen eine ökologische Fehlsteuerung stattfindet. Denn viele externe Effekte, wie z.B. Flächenverbrauch, Bodenverschlechterung oder Emissionen, die dem Klima und der Umwelt schaden, blieben so weiterhin unberücksichtigt. Immer noch würde dann Biosalat mehr kosten als Schweinefleisch aus Massentierhaltung. Und selbst wenn Diesel und Benzin pro Liter gleich besteuert werden, findet bezogen auf die CO₂-Emissionen immer noch eine Dieselsubventionierung statt.

Von der Ökosteuer zur Umweltverbrauchssteuer

Neue Abgaben und Steuern, die auf Energie und andere Ressourcen erhoben werden, wollen wir für den ökologischen Umbau der Gesellschaft und für innovatives zukunftsfähiges Wirtschaften verwenden, so dass wir die doppelte Dividende für Umwelt und Klima auszahlen können. Die Rede vom „Rasen für die Rente“ lassen wir damit hinter uns.

³ Steiner, Claudius: „Ökosteuer hat zu geringerer Umweltbelastung des Verkehrs beigetragen“, Wochenbericht des DIW, Nr. 13–14/2010

⁴ OECD: "Towards Green Growth", 2011; UNEP: "Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth", A Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel, 2011; Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: "Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation", 2011

Die ökologische Steuerreform von 1998 bis 2003 bezog sich auf die Besteuerung von Kraftstoffen, Heizenergie und Strom. Wir wollen nun einen Schritt weiter gehen und diesen Ansatz zu einer ökologischen Finanzreform ausdehnen. Diese umfasst alle endlichen Ressourcen, die eine Gemeinsamkeit haben: Ihr Verbrauch ist mit Umwelt- oder Klimaschäden verbunden. Um diesen Gedanken zu verdeutlichen, führen wir den Begriff der Umweltverbrauchssteuern ein.

Unter dem Begriff der ökologischen Finanzreform verstehen wir viele Einzelvorhaben in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Sie alle folgen der Idee, Ressourcenschonung zu belohnen und Ressourcenverbrauch mit Abgaben oder Steuern zu belasten um dadurch Mittel für den ökologischen Umbau zu generieren. Dazu schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, die weiterentwickelt und ergänzt werden können.

Die ökologische Finanzreform als Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit

Uns ist bewusst, dass höhere Verbrauchssteuern Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional belasten können. Das wollen wir verhindern. Die ökologische Finanzreform ist deshalb als ein Bestandteil der grünen Steuer- und Abgabenpolitik zu sehen, die insgesamt zu einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen führt. Dies umfasst die Einführung einer Vermögensabgabe zur Finanzierung der Krisenkosten, die Finanztransaktionssteuer, die Reform der Einkommenssteuer, den Mindestlohn und die Erhöhung des Arbeitslosengelds II. Die ökologische Finanzreform sorgt dafür, dass notwendige Mittel für den ökologischen Umbau nicht über die Einkommens- oder Mehrwertsteuer finanziert werden müssen. Einnahmen aus Umweltverbrauchssteuern wollen wir so einsetzen, dass damit insbesondere die Menschen unterstützt werden, die sich nachhaltiges Wohnen, Essen oder Mobilität sonst nur schwer leisten können.

Der Mix macht's: Politische Instrumente aufeinander abstimmen

Zur Erreichung der Klimaziele und zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs brauchen wir das Ordnungsrecht. So sind zum Beispiel Mindestanforderungen für Effizienz ohne Alternative. In anderen Bereichen sind das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder marktbasierende Instrumente wie der europäische Emissionshandel und die ökologische Finanzreform das Mittel der Wahl. Diese Instrumente ergänzen sich, wenn sie gut aufeinander abgestimmt sind. Mit dem Vorschlag, die Vorgaben zur Energiebesteuerung in der EU neu zu regeln, hat die Europäische Kommission einen ambitionierten Vorschlag gemacht, der Energiegehalt und CO₂-Emissionen von fossilen Brennstoffen zur Basis von Energiebesteuerung macht und auf das europäische Emissionshandelssystem abgestimmt ist. Dieser sinnvolle Vorschlag wird von der Bundesregierung, die den Status quo und die Klientelinteressen deutscher Großindustrien verteidigt, unverständlichlicherweise bekämpft. Umweltverbrauchssteuern können ideal mit einem Klimaschutzgesetz gekoppelt werden, in dem Klimaziele verbindlich festgeschrieben werden. So ist denkbar, Steuersätze an das Erreichen von sektoralen Klimazielen zu koppeln. Hier ist die Schweiz mit einer Lenkungsabgabe auf Brennstoffe ein interessantes Vorbild.

Vier Projekte für die Weiterführung der ökologischen Finanzreform

Für den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft sind neben dem Bereich Energieerzeugung die Bereiche Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft und der effizientere Umgang mit Energie und anderen Ressourcen in der Industrie zentral. Anhand dieser vier Bereiche erläutern wir deshalb im Folgenden, wie man eine ökologische Finanzreform als Instrument des Green New Deal optimal nutzen kann.

Konkret schlagen wir vor, über die bestehende grüne Programmatik hinauszugehen und folgende Maßnahmen anzugehen:

- Mit der Einführung einer Effizienzumlage auf Heizstoffe wollen wir einen Anreiz setzen, in Maßnahmen zu Erhöhung der Energieeffizienz im Gebäudebereich zu investieren. Die Mittel, die über die Umlage generiert werden, sollen deutlich über die Budgets der aktuellen Förderung hinausgehen und sollen maßgeblich dazu beitragen das Ziel einer Sanierungsquote von drei Prozent pro Jahr sicher erreichen können. Das schafft viel Arbeit für die Handwerker und sorgt dafür, dass weniger Heizenergie verbraucht werden muss.
- Durch Abgaben oder Steuern auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln soll bewirkt werden, dass Landwirte in Zukunft lieber zweimal über ihren Einsatz nachdenken. Um eine gesunde Versorgung mit Bio-Lebensmitteln aus der Region sicherzustellen, wollen wir die Einnahmen zurück an die Landwirte geben, um sie bei der Umstellung ihrer Höfe auf eine nachhaltige Anbauweise zu unterstützen.
- Die jahrelange Subventionierung von Diesel gegenüber Benzin hat den deutschen Kraftstoffmarkt in die falsche Richtung geführt. Mittlerweile müssen wir unsinnigerweise Diesel aus Russland importieren und Benzin exportieren. Um die Energiewende auch im Verkehrssektor voranzubringen, brauchen wir einen starken öffentlichen Personenverkehr. Wir schlagen deshalb vor, die Mittel aus einer schrittweisen Erhöhung der Dieselsteuern zu nutzen, um allen Kindern und Jugendlichen ein kostenloses Nahverkehrsticket und eine Bahncard 100 zu kaufen. Das entlastet Familien und fördert die Bahn und die Verkehrsbetriebe vor Ort.
- Sand, Kies, Gas, Wasser: Unser Land ist reich an diesen Ressourcen. Jedoch könnten wir noch viel effizienter damit umgehen, mehr recyceln, weniger in die Natur eingreifen und weniger Energie beim Verarbeiten der Materialien verwenden. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist, manchmal altbekannte Abgaben konsequent zu erheben und deren Höhe an die heutigen Preise anzupassen. Mit den Einnahmen wollen wir unserer Wirtschaft dabei unter die Arme greifen, Effizienzweltmeister zu werden, indem wir die Finanzierungsangebote insbesondere für die Förderung von Energie- und Materialeffizienz ausbauen.

1. Heizenergie sparen – Handwerker beschäftigen

Für das Erreichen ambitionierter Klimaschutzziele ist die energetische Gebäudesanierung unerlässlich. Unsere Gebäude verbrauchen rund 40 Prozent der Endenergie in Deutschland für Wärme und Kühlung. So werden hier 20 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verursacht. Derzeit verbraucht ein unsanierter Altbau oft mehr als 200 und nicht selten bis zu 400 Kilowattstunden pro Jahr und Quadratmeter. Bei Neubauten liegt der heutige Energiebedarf für Wärme und Kühlung je nach Gebäudebeschaffenheit bei etwa 40 bis 80 Kilowattstunden und damit immer noch weit über dem technisch Machbaren, wie Null- oder Plusenergiehäuser zeigen. Das Ziel muss sein, bis spätestens 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dafür muss die jährliche Gebäudesanierungsquote verdreifacht werden, von derzeit etwa einem auf drei Prozent pro Jahr.

Abgesehen von den klimapolitischen Effekten kommt der Gebäudesanierung eine erhebliche soziale Komponente zu. Gerade angesichts weiter stark steigender Energiepreise müssen wir mehr Kraft in

die Gebäudesanierung stecken, da sonst gravierende Steigerungen der Heizkosten die Folge sein werden. Und das, obwohl die Belastung durch Miete und Nebenkosten für viele Menschen heute schon die Grenze dessen erreicht oder sogar überschritten hat, was sie sich eigentlich leisten können.

Hier setzt unser Projekt „Heizenergie sparen – Handwerker beschäftigen“ an. Um bei der energetischen Sanierung von Gebäuden voranzukommen und den Bedarf an Heizenergie zu senken, haben wir Grüne schon konkrete Vorschläge unterbreitet. Kernstück ist der Grüne Energiesparfonds, der mit drei Milliarden Euro jährlich ausgestattet sein soll, um insbesondere einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen zu unterstützen. Rund zwei Milliarden Euro davon sollen in die energetische Sanierung von Gebäuden in benachteiligten Stadtteilen und Siedlungen fließen, etwa eine Milliarde Euro in die Förderung der Stromeffizienz sowie Beratung und Information. Ergänzend dazu wollen wir Grüne die Mittel im bestehenden KfW-Gebäudesanierungsprogramm dauerhaft auf zwei Milliarden Euro aufstocken. Hinzu kommen steuerliche Anreize für die Gebäudesanierung. Die Aufwendungen für die energetische Gebäudesanierung und für mehr Energieeffizienz sind also ganz erheblich.

Doch selbst die in unseren Beschlüssen angesetzten Mittel können zu wenig sein, um die notwendige Sanierungsquote von jährlich drei Prozent zu erreichen. So spricht zum Beispiel die Prognos AG in ihrem Gutachten für den NABU davon, dass für die Erreichung der Klimaneutralität in 2050 im Gebäudesektor 5 bis 9 Milliarden an Förderung benötigt werden.⁵ Der Beschlusslage der Fraktion entsprechen vier Milliarden Euro für die Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden, wobei wir die Sanierungsquote auf die notwendigen drei Prozent steigern wollen.

Um Projekte zur Energieeinsparung in Wohnungen sicher zu finanzieren, könnte deshalb eine nach CO₂- oder Energiegehalt gestaffelte Abgabe oder Steuer auf alle fossilen Heizstoffe eingeführt werden. Eine Effizienzumlage von 0,2 Cent pro Kilowattstunden würde bereits etwa 1,7 Milliarden Euro zusätzlich zur Finanzierung der Gebäudesanierung beitragen. Die Bewohnerin einer Singlewohnung würde dabei lediglich um etwa 25 Euro pro Jahr zusätzlich belastet, um über Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich ihre grundsätzliche Entlastung durch eine Senkung der Heizkosten mitzufinanzieren.⁶

Ein umlagefinanziertes Modell nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wäre am Besten geeignet, um Energiesparprojekte unabhängig von Risiken im Bundeshaushalt zu finanzieren. Wie beim EEG die Übertragungsnetzbetreiber eine Umlage erheben und in Form von Einspeisevergütungen auszahlen, würden auch im Wärmebereich Projekte zur energetischen Sanierung von Gebäuden gefördert und die Kosten auf die Heizstoffe umgelegt. Durch die Beschränkung der Effizienzumlage auf fossile Energieträger wird gleichzeitig der Einsatz erneuerbarer Energieträger begünstigt. Für den Fall, dass andere innovative Politikinstrumente wie zum Beispiel die auf europäischer Ebene diskutierte Quote eingeführt werden, wird diese Umlage so ausgestaltet, dass keine Doppelbelastung oder Doppelförderung entstehen kann.

⁵ http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/nabu-sanierungsfahrplan_endg.pdf (Abbildung 2-4 und Tabelle 3-1)

⁶ Beispielrechnung: Bei einem Aufschlag von 0,2 Cent pro Kilowattstunde im Jahr wäre dies in einer unsanierten 60 Quadratmeter großen Singlewohnung mit einem Verbrauch von 200 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr eine Mehrbelastung von 24 Euro im Jahr.

Da die Einführung der Effizienzumlage zur Steigerung der Kosten für Heizstoffe beiträgt, wollen wir eine solche Wärmeumlage mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankieren. Denn wir verschließen nicht die Augen vor dem Thema Energiearmut⁷, das ein reales Problem in unserem Land darstellt.⁸ Betroffen sind dabei oft Menschen mit zu niedrigem Arbeitseinkommen oder Renten, sowie teilweise Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Spielräume, die durch die Einführung einer Effizienzumlage im Bundeshaushalt entstehen, müssen daher auch dafür genutzt werden, Programme für Menschen mit niedrigen Einkommen ausreichend zu finanzieren.

Damit alle Menschen sich eine warme Wohnung leisten können, wollen wir die Heizkostenkomponente im Wohngeld mindestens auf dem bisherigen Niveau wieder einführen.⁹ Dazu wollen wir es klimafreundlicher ausgestalten. So sollen es sich auch einkommensschwache Haushalte durch einen Klimazuschuss leisten können, nach einer energetischen Sanierung in ihrer Wohnung zu bleiben.

Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe werden im Prinzip die tatsächlichen Kosten der Heizung gezahlt. Allerdings nur, soweit sie „angemessen“ sind. Teilweise können die kommunalen Behörden die Heizkosten auch pauschaliert festlegen. Diese unklare Gesetzeslage führt in der Praxis dazu, dass einige Behörden die angemessenen Heizkosten nicht vollständig erstatten und es zu zahlreichen Gerichtsverfahren kam. Hier müssen Regelungen geschaffen werden, um Energiearmut bei Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe zu verhindern.

Zur Umsetzung des Projekts „Heizenergie sparen – Handwerker beschäftigen“ kommt neben den genannten Förderprogrammen auch der klassischen Ordnungspolitik eine wichtige Rolle zu. Förderprogramme für energetische Gebäudesanierung oder zur Effizienzsteigerung machen nur dann Sinn, wenn sie von einer angemessenen Energieeinsparverordnung oder einem Top-Runner-Programm zur Markteinführung energieeffizienter Elektrogeräte flankiert werden. Um einen geringen Energieverbrauch zu belohnen, könnten für Haushaltskunden die Grundgebühren abgeschafft und lineare Tarife für Haushaltskunden zum Grundprinzip gemacht werden. Denn Grundgebühren sind nichts anderes als ein Mengenrabatt für einen hohen Strom- und Gasverbrauch. Um das Mieter-Vermieter Dilemma zu lösen (der Vermieter hat meist kein Interesse an einer Sanierung, da er nicht von den Einsparungen profitiert, den Mietern werden häufig einseitig die Sanierungskosten aufgebürdet) wollen wir gleichzeitig das Mietrecht modernisieren und sozial gerecht und klimafreundlich ausgestalten. Dazu gibt es bereits ein konkretes Konzept von Partei und Fraktion. Um auch die Vermieter selbst stärker in die Umlagefinanzierung einzubeziehen, könnte die Möglichkeit zur Überwälzung der Effizienzumlage auf die Mieter vom Sanierungszustand abhängig gemacht werden.

So wird auch durch das Projekt „Heizenergie sparen – Handwerker beschäftigen“ eine doppelte Dividende für die Umwelt erzielt. Die Einführung einer Effizienzumlage auf alle Heizstoffe führt einerseits dazu, dass eine Umlage einen direkten Anreiz dafür bietet, Heizstoffe noch sparsamer

⁷ Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: „Energiearmut - Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien“, Wuppertal Paper Nr. 184, 2010

⁸ Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung: "Wachsende Energiearmut: Stromsperren durch frühzeitige Gegenstrategien den Saft abdrehen", 21.02.2012

⁹ Siehe auch Antrag der Fraktion B90/Grüne: "Heizkostenkomponente beim Wohngeld erhalten" Bundestags-Drucksache 17/2923

einzusetzen. Auf der anderen Seite werden zusätzliche finanzielle Mittel eingenommen, die unmittelbar in angenehme Wohnwärme investiert werden. Vom Projekt „Heizkosten sparen-Handwerker beschäftigen“ profitieren nicht nur Mieter, sondern unsere gesamte Volkswirtschaft. Denn Geld, das wir nicht für den Import von Heizstoffen ausgeben müssen, steht bei uns für andere Ausgaben und Investitionen zur Verfügung.¹⁰

Vom Sanierungs- und Effizienzprogramm profitiert insbesondere die lokale Wirtschaft. So wird allein durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW-Bank für jeden Förder-Euro ein Vielfaches an Investitionen ausgelöst, von der zum Beispiel die ansässigen Handwerksbetriebe und Hersteller profitieren. Eine hohe lokale Wertschöpfung ist die positive Folge, von der auch der Staat durch steigende Steuereinnahmen profitiert. Außerdem wird die Substanz und damit der Wert des Gebäudebestands erhöht, wovon vor allem Vermieter profitieren.

2. Regionales Bio-Angebot ausbauen

Bio ist beliebt: In Deutschland werden so viele Ökolebensmittel gekauft, dass die deutschen Bauern den Markt nicht alleine versorgen können.¹¹ Auch die Leistungen des ökologischen Landbaus für die Umwelt sind längst anerkannt. Beim Klimaschutz erweist er sich als die bessere Bewirtschaftungsform. Denn der Ökolandbau setzt nicht auf einen massiven Einsatz von Technik, chemisch-synthetischem Pflanzenschutz sowie mineralischen Stickstoffdüngern, wie es die konventionelle Landwirtschaft oft genug vormacht. Der Ökolandbau nutzt auch unsere natürlichen Ressourcen effizienter und ist damit der richtige Weg für die Zukunft.

Eine falsche Agrarpolitik, vieles davon auf der Ebene der EU geregelt, trägt seit Jahrzehnten dazu bei, dass sich in der Landwirtschaft teilweise absurde Entwicklungen vollzogen haben. Die intensive und umweltschädliche Schweine- und Geflügelmast wird etwa jährlich mit über einer Milliarde Euro subventioniert.¹² Ein Grund dafür, dass 100 Gramm Fleisch im Laden oft billiger als die gleiche Menge nachhaltig erzeugtes Gemüse ist. Und dies, obwohl für die Erzeugung von einem Kilo Fleisch die siebenfache Menge an Ausgangsprodukten wie Getreide oder Mais benötigt wird. Solche Fehlentwicklungen, zu der auch die Subventionierung von Exportdumping gehört, müssen beendet werden.

Ein weiterer Grund für die verzerrten Preise ist die Tatsache, dass die durch die intensive Landwirtschaft verursachten Folgeschäden nicht im Preis enthalten sind, sondern durch die Allgemeinheit in Form von Steuerzahlungen oder sonstige Gebühren beglichen werden. Zu diesen Folgen der intensiven Landwirtschaft gehört u.a. die Emission von Treibhausgasen (insbesondere das stickstoffhaltige Lachgas), die Grundwasserbelastung mit Nitrat, der Verlust an biologischer Vielfalt durch übermäßigen Pestizideinsatz und die Erosion des Bodens. Allein die externen Kosten des Pestizideinsatzes betragen über 100 Millionen Euro jährlich.¹³ All diese falschen Preissignale sind der Grund dafür, dass die konventionelle Landwirtschaft nach wie vor auf die Massenproduktion setzt.

¹⁰ http://dl.dropbox.com/u/69484276/120418-eurokrise-final02_webversion.pdf Text von Sven Giegold zum Zusammenhang zwischen europäischer Schuldenkrise und Energieverbrauch

¹¹ <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/index.php?id=6592>

¹² BUND: „Subventionen der industriellen Fleischerzeugung in Deutschland“, 2011

¹³ Waibel und Fleischer: „Kosten und Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“, Technikfolgenabschätzung-Datenbank-Nachrichten, 1998

Neben dem notwendigen Umbau der europäischen Agrarpolitik nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Güter“ kommt dem Ordnungsrecht eine zentrale Rolle zur Umsteuerung zu. Über eine entsprechende Ausgestaltung der guten fachlichen Praxis oder entsprechenden Anforderungen an den Tierschutz können bessere Produktionsstandards in der Landwirtschaft erreicht werden.

Elemente einer ökologischen Finanzreform können jedoch auch im Bereich der Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten. Durch die teilweise Internalisierung externer Kosten wird der finanzielle Spielraum eröffnet, Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren und eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft so zu fördern, dass sie günstiger anbieten kann, und somit Produkte auch für geringe Einkommen erschwinglicher werden. Dieser Schritt ist außerdem unverzichtbar, damit auch die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Erreichung unserer Klimaziele leistet.

Hier setzt unser Projekt „Regionales Bio-Angebot ausbauen“ an. Erfahrungen aus Dänemark und Schweden zeigen, dass mit Abgaben auf Pestizide und mineralische Düngemittel deren Einsatz wirksam verringert werden kann und so die Umweltkosten der Landwirtschaft reduziert werden. Sie ergänzen das Ordnungsrecht, und helfen, Umweltschutzvorgaben, wie sie sich etwa aus der Wasserrahmenrichtlinie ergeben, zu erreichen. Für Deutschland existieren teilweise bereits sehr konkrete Konzepte, die von einer Verbrauchssteuer auf Düngemittel und Pestizide bis zu einer Stickstoffüberschussabgabe reichen.¹⁴ Dabei kann mit einem Aufkommen in der Größenordnung von einer Milliarde Euro gerechnet werden.¹⁵

Für konventionell wirtschaftende Landwirte ist es nicht einfach, den Betrieb auf eine ökologische Anbauweise umzustellen. Die Einnahmen aus den Abgaben und Steuern wollen wir deshalb dazu verwenden, die bestehende Umstellungsförderung aufzustocken und verlässlich zu finanzieren. Denn dies ist einer der Schlüssel dafür, dass das Angebot an Bio-Produkten aus der Region ausgeweitet werden kann, um die Nachfrage zu decken.

Die doppelte Dividende für die Umwelt hier: Abgaben auf Pestizide und Düngemittel haben einerseits eine direkte Lenkungswirkung hin zu einem geringeren Einsatz von Chemikalien und fördern auch in der konventionellen Landwirtschaft umweltverträgliche Anbaumethoden wie beispielsweise den Anbau Luftstickstoff bindenden Pflanzen (Leguminosen). Andererseits fördern die Einnahmen aus den Abgaben den umwelt- und klimafreundlichen ökologischen Landbau in der Region und über weitere Fördermaßnahmen den verantwortungsvollen Umgang mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in der konventionellen Landwirtschaft. Das Projekt „Regionales Bio-Angebot ausbauen“ hat außerdem erhebliche positive wirtschaftliche Effekte. Die Förderung der ökologischen Landwirtschaft erhöht die regionale Wertschöpfung und verfügt darüber hinaus über ein hohes Beschäftigungspotenzial.

3. Kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche

Unser Verkehrssystem wird nur dann zukunftsfähig sein, wenn es Umwelt- und Klimabelastungen deutlich reduziert und Lärmbelastung und Flächenverbrauch erheblich verringert. Mit einer ambitionierten Klimaschutzstrategie können wir die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich bis 2020 um

¹⁴ Möckel: „Umweltabgaben auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel“ Zeitschrift für Umweltrecht 4/2007; Gawel et. al: „Weiterentwicklung von Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelten zu einer umfassenden Wassernutzungsabgabe“, Endbericht im Auftrag des UBA, 2011;

¹⁵ NABU: „Ökologische Finanzreform in der Landwirtschaft“, 2004

30 Prozent gegenüber 1990 reduzieren und den Verbrauch fossiler Treibstoffe bis 2020 um mindestens ein Viertel senken.

Insbesondere für den Verkehrsbereich gilt, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen müssen. Doch steuerliche Fehlanreize und eine fehlende Einbeziehung externer Umweltkosten finden sich in diesem Wirtschaftsbereich leider viel zu häufig. So zahlt zum Beispiel der Luftverkehr – im Unterschied zur Eisenbahn – keine Kerosinsteuern und keine Mehrwertsteuer bei Auslandspassagen. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes summiert sich dieses Privileg auf fast 11,5 Milliarden Euro für den Luftverkehr pro Jahr. Und die bisherige Steuerpraxis bei Dienst- und Firmenwagen schafft Anreize zur Anschaffung besonders teurer und verbrauchsstarker Fahrzeuge. Dass diese Steuerprivilegien abgeschafft gehören, ist bereits Teil der grünen Programmatik. Daneben streben wir als zentrale ordnungspolitische Maßnahme im Verkehrsbereich strenge Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos und Lastwagen an.

Doch die Emissionen des Individualverkehrs zu reduzieren ist nur ein Teil der Lösung. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ein gut ausgebautes und preiswertes Angebot des öffentlichen Personenverkehrs (ÖPV) ermöglicht Mobilität auch für die Menschen, die kein Auto fahren können oder wollen. Ein solches Angebot ist jedoch nicht umsonst zu haben. Jährlich müssen die öffentlichen Haushalte Milliardensummen aufwenden, um jenseits der wirtschaftlich attraktiven Strecken in den Ballungszentren eine Grundversorgung an ÖPV in der Fläche aufrecht zu erhalten.

Mit dem Projekt „Kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche“ wollen wir die Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs steigern und gleichzeitig eine grundlegende Fehlentwicklung im Bereich der Mineralölbesteuerung angehen. Wir schlagen vor, die bisher bestehende Subventionierung des Diesels gegenüber Benzin stufenweise zu streichen, wie es die Europäische Kommission im Entwurf ihrer Novelle zur Energiesteuer vorgeschlagen hat. Mit den so frei werdenden Mitteln wollen wir den kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Kinder- und Jugendliche finanzieren, genauso wie eine Bahncard 100, womit sie auch den Fernverkehr selbstständig kostenlos nutzen können.

Die jahrelange Subventionierung von Diesel gegenüber Benzin hat den deutschen Kraftstoffmarkt in die falsche Richtung geführt. Immer mehr Energie muss im Raffinerieprozess aufgewendet werden, um aus einem Barrel Öl mehr Diesel herauszuquetschen und weniger Benzin zu erhalten. Dies führt zu einer Verschlechterung der Energieeffizienz der Mineralölproduktion und kann die Effizienzvorteile des Dieselmotors zunichte machen. Diese „Dieselization“ kann somit zum Problem sowohl für den Klimaschutz als auch für die Versorgungssicherheit werden, so eine Studie der Deutschen Energieagentur.¹⁶ Dazu kommt, dass die Fokussierung der deutschen Autobauer auf Dieselantriebe dazu geführt hat, dass sie bei der Entwicklung von effizienten Benzin-Hybriden geschlafen haben.¹⁷ Die Subvention von Diesel für Pkw kostet den Staat jährlich mindestens zwei Milliarden Euro.¹⁸ Das Umweltbundesamt spricht sogar von Subventionen in Höhe von 6 Mrd. Euro.¹⁹

¹⁶ Dena: „Ungeliebt, aber unentbehrlich. Bedarf und Produktion von Mineralöl im künftigen Energiemix“, 2011

¹⁷ Dudenhöffer: "Die Pläne der EU-Kommission zur Besteuerung von Treibstoffen gehen in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.", ifo Schnelldienst 10/2011

¹⁸ FÖS: „Für eine neue ökologisch-soziale Finanzreform“ (2010)

¹⁹ Umweltbundesamt: "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland, aktualisierte Ausgabe 2010", S. 20

Die Finanzierung des ÖPV-Betriebs liegt überwiegend in der Hand der Länder, die dafür auch Geld aus dem Bundeshaushalt bekommen. Die Umsetzung des Projekts „Kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche“ kann über eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern realisiert werden. Für den Bereich des Fernverkehrs sind dabei Verhandlungen mit der bundeseigenen Deutschen Bahn AG über eine kostenlose Bahncard 100 für Kinder und Jugendliche entscheidend. Im Bereich des Nahverkehrs sollte man die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um die Weiterführung der Bundesmittel für den ÖPV nutzen, um das Projekt umzusetzen. Dabei kann auf der bestehenden Gesetzeslage aufgebaut werden, nach der die Länder im Rahmen des Regionalisierungsgesetzes bereits heute rund 6,6 Milliarden Euro des Energiesteueraufkommens vom Bund für den öffentlichen Personennahverkehr bekommen, und einen Teil davon als Zuschuss für vergünstigte Ausbildungstickets an die Verkehrsbetriebe weitergeben.²⁰

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beziffert die Einnahmen, die den Verkehrsgesellschaften im Jahr durch den Verkauf von Zeitkarten für Schüler, Studenten und Auszubildende entstehen, auf rund zwei Mrd. Euro.²¹ Rund 800 Millionen Euro werden bereits heute zusätzlich von den Ländern als Zuschuss an die Verkehrsbetriebe gewährt.²² Eine Finanzierung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs für den viel kleineren Personenkreis der Kinder und Jugendlichen aus dem Abbau der Dieselsubventionen ist deshalb realistisch.

Die doppelte Dividende dieses Projekts für Umwelt und Klima wird schnell klar. Die schrittweise Abschaffung von Dieselsubventionen sorgt dafür, dass deutlich mehr verbrauchsärmere Fahrzeuge oder auch effiziente Hybrid- und Elektromobile angeschafft werden, und der Ausstoß von CO₂ und anderen Abgasen sinkt. Andererseits hat ein kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche ebenfalls eine positive ökologische Lenkungswirkung. Kinder und Jugendliche lernen so, frühzeitig den ÖPV als alternatives Mobilitätsangebot zu nutzen, um dann später im Führerscheinalter ganz selbstverständlich darauf zurückzugreifen. Es würde so der positive Trend, dass junge Erwachsene häufiger vom Auto in den ÖPV umsteigen, gestärkt.²³ Darüber hinaus lockt er zusätzlich Eltern und Verwandte, die sonst das Auto nutzen würden, gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen in den öffentlichen Personenverkehr. Mit unserem Projekt „Kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche“ unterstützen wir so insbesondere kinderreiche Familien, die im Schnitt geringere Einkommen haben als Singles und kinderlose Paare.

4. Effizienzweltmeister Deutschland

Unsere Art zu wirtschaften und zu produzieren ist noch immer mit einem erheblichen Verbrauch an Umwelt, Energie und sonstigen Ressourcen wie Wasser, Holz, Mineralien, Metallen oder seltenen Erden verbunden. Dabei ist längst klar, dass unsere Art zu wirtschaften sich grundlegend ändern muss. Wohl zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte geht es darum, das wirtschaftliche Wachstum vollständig zu entkoppeln vom Verbrauch der Ressourcen.

Auch wenn die Wirtschaft unbestritten schon einiges erreicht hat: Viele Investitionen in Energie- und Materialeffizienz werden nicht getätigt, obwohl die Technologien für alternative Verfahren und

²⁰ Ausgleichszahlungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz und § 6a Allgemeines Eisenbahngesetz

²¹ Verband Deutscher Verkehrsunternehmen: VDV-Statistik 2010, S. 21

²² Verband Deutscher Verkehrsunternehmen: VDV-Statistik 2010, S. 13

²³ Institut für Mobilitätsforschung: "Mobilität junger Menschen im Wandel – multimodaler und weiblicher" (2011)

Materialien längst vorhanden sind. Grund dafür ist meist, dass sich die dafür notwendigen Investitionen nicht bereits innerhalb von wenigen Jahren amortisieren und deshalb betriebswirtschaftlich als unrentabel gelten. Mit anderen Worten: Die Unternehmen entscheiden in ihrer kurzfristigen Logik oft rational - aber nach den falschen Preisen. Mit den Projekten der ökologischen Finanzreform sorgen wir mit dafür, dass die Marktpreise in eine nachhaltige Richtung korrigiert werden.

Wichtige Elemente der ökologischen Finanzreform sind bereits ein fester Bestandteil in der Programmatik und dem Grünen Klimaschutzhaushalt. Dazu gehört ein Stopp der Kohlesubventionen und die Besteuerung von Erdöl, wenn es für die Herstellung von Kunststoffen und anderen Produkten verwendet wird. Die pauschalen Subventionen bei den Energie- und Stromsteuern für die Industrie wollen wir abschaffen und durch eine Härtefallregelung ersetzen, bei der im Einzelfall geprüft wird, ob ein Unternehmen im internationalen Wettbewerb steht und durch die Energiebesteuerung wirklich unzumutbare Wettbewerbsnachteile erleidet.

Doch auch darüber hinaus sehen wir weitere Wirtschaftsbereiche, in denen die Preise weit weg von der ökologischen Wahrheit sind. Hier setzt unser Projekt „Effizienzweltmeister Deutschland“ an.

Wir wollen die Subventionierung des Rohstoffabbaus in Deutschland beenden und dazu die bereits heute im Bergrecht verankerte, aber nur unzureichend angewendete, Förderabgabe reformieren. Die Zahlung einer bereits im bestehenden Bergrecht angelegten Förderabgabe muss in Deutschland der Regel- und nicht der Ausnahmefall sein und mindestens 10 Prozent des Rohstoffwerts betragen. Die konsequente Erhebung einer Förderabgabe schafft Anreize für Ressourceneffizienz, gerade bei dem bisher nicht erfassten Abbau von Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteine, aber auch bei der Braunkohle. Die Verpflichtung zur Zahlung wollen wir auf alle hierzulande geförderten Bodenschätze ausdehnen. Sie sollte nur in begründeten Ausnahmefällen und zeitlich eng befristet erlassen werden und weiterhin den Ländern zugute kommen.

Ein sparsamer Umgang mit Wasser schont auch den Verbrauch anderer Ressourcen. So kann Energie für den Transport, die Erwärmung und die Säuberung des Abwassers gespart werden. Um eine spürbare Lenkungswirkung zu erhalten, empfiehlt etwa eine Studie des Umweltbundesamts, die bereits vorhandenen Instrumente Wasserentnahmeentgelt und Abwasserabgabe fortzuentwickeln.²⁴ Wie bei der Reform der Förderabgaben kommt es auch hier darauf an, die Abgaben flächendeckend einzuführen und Ausnahmen zu beseitigen. Ebenfalls sollte mindestens ein Inflationsausgleich stattfinden. So müsste laut Umweltbundesamt der auf bundesebene geregelte Abwasserabgabensatz statt knapp 36 Euro pro Schadeinheit mindestens 55 Euro betragen, um einen vergleichbaren Vermeidungsanreiz zu entfalten wie bei Einführung der Abwasserabgabe im Jahr 1981.

Auch in diesem Bereich schlagen wir vor, das Aufkommen aus diesen Ressourcenverbrauchsabgaben in Effizienzmaßnahmen fließen zu lassen, um die Wirkung auf die Umwelt zu verstärken und eine doppelte Dividende für die Umwelt zu erzielen. Mit den Einnahmen wollen wir unserer Wirtschaft dabei unter die Arme greifen, Effizienzweltmeister zu werden.

Unseren Unternehmen mangelt es nicht an neuen Ideen für die Entwicklung effizienter Technologien. Aber gerade bei Investitionen in neue Technologien ist es nicht einfach, an ausreichend Kapital zu

²⁴ Gawel et al.: „Weiterentwicklung von Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelten zu einer umfassenden Wassernutzungsabgabe“, 2011

kommen, um Innovationen finanzieren zu können. Wir wollen deshalb die Finanzierungsangebote im Bereich Energiewende, insbesondere in der Förderung der Energie- und Materialeffizienz ausbauen. Konkret könnte man überlegen, Einzelfinanzierungsvolumina von bisher 10 auf 25 Mio. Euro aufzustocken und auch Unternehmen mit mehr als 500 Mio. Umsatz Kredite zu gewähren, um so auch größere Projekte zu fördern.

Auch das Projekt „Effizienzrevolution in der Wirtschaft“ kommt ohne begleitendes Ordnungsrecht nicht aus, wie etwa der Stärkung der Produktverantwortung durch Hersteller und die Weiterentwicklung von Ökodesignvorschriften für langlebige und reparaturfähige Produkte.

Mit dem Projekt „Effizienzweltmeister Deutschland“ machen wir unsere Wirtschaft bereit für die riesigen Herausforderungen der Zukunft. Eine Wirtschaft, die Material und Rohstoffverbrauch auf ein Minimum reduziert, schont Umwelt und Klima und macht sich unabhängiger von Rohstoffimporten. Weniger Kapital für Importe auszugeben bedeutet dabei auch, mehr in die lokale Wertschöpfung investieren zu können und so Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Das Wissen über effiziente Prozesse und Technologien sichert die Märkte von morgen, denn wenn Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden, ist Effizienz-Know-How gefragt.

Fazit

Die ökologisch-soziale Ausgestaltung von Abgaben und Steuern gehört in den Instrumentenkasten einer erfolgreichen Umwelt- und Klimapolitik und ist ein Bestandteil des Green New Deal. Wir wollen die ökologische Finanzreform so ausgestalten, dass sie eine doppelte Dividende für Klima und Umwelt bringt. Durch die Lenkungswirkung von Umweltverbrauchssteuern werden zum einen Kosten für Klima- und Umweltschutz vermieden und zum anderen Einnahmen erzielt, die wir in den ökologischen Umbau der Gesellschaft investieren wollen. Eine ökologische Finanzreform bringt Anreize für mehr Effizienz und Innovationen und macht so unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger. Menschen mit niedrigen Einkommen sollen durch eine ökologische Finanzreform nicht weiter belastet werden, da die Einnahmen aus Umweltverbrauchssteuern in Programme fließen, die diese Menschen unterstützen.

Projekt	Einnahmen durch	Ausgaben für
Heizenergie sparen – Handwerker beschäftigen	Effizienzumlage auf Heizstoffe 1,7 Mrd. Euro	Gebäudesanierungen
Regionales Bio-Angebot ausbauen	Abgabe oder Steuer auf Pestizide und Dünger 1,0 Mrd. Euro	Umstellungsförderung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft
Kostenloser öffentlicher Personenverkehr für Kinder und Jugendliche	Abbau der Dieselsubventionierung 2,0 Mrd. Euro	Kostenlose Nahverkehrsticket und Bahncard 100 für Kinder und Jugendliche
Effizienzweltmeister Deutschland	Förderabgabe auf heimische Rohstoffe und Abwasser- und Wasserentgelte Noch nicht quantifiziert	Förderkredite für Effizienzmaßnahmen